



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Sitzungsnummer	FuW/022/2013
Datum	Dienstag, den 26.02.2013
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	20:00 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend:

vom Gremium:

Herr Thomas Heyer	Ausschussvorsitzender	CDU
Herr Hermann Spory	Stadtverordneter	FW (i.V.f. FrkV Lefèvre)
Herr Karl-Heinz Kinkler	Stadtverordneter	SPD
Herr Waldemar Kleber	Stadtverordneter	SPD
Herr Tobias Rompf	Stadtverordneter	SPD
Herr Karl-Heinz Schäfer	Stadtverordneter	SPD
Herr Klaus Breidsprecher	Stadtverordneter	CDU
Herr Karl Hedderich	Stadtverordneter	CDU
Frau Amber Luitjens-Taylor	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Heidi Bernauer-Münz	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Thomas Meißner	Stadtverordneter	FDP (i.V.f. FrkV Dr. Bürger)

vom Magistrat:

Herr Wolfram Dette	Oberbürgermeister	FDP
--------------------	-------------------	-----

von der Verwaltung:

Herr Marco Bach	Kassen- und Steueramt
Herr Stefan Franz	Kassen- und Steueramt
Herr Klaus Gürsch	Büro des Magistrats
Herr Holger Hartert	Amt für Wirtschaft und Liegenschaften
Herr Daniel Hartmann	Planungs- und Hochbauamt
Herr Michael Peters	Rechtsamt

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Gerner, als Schriftführer
Herr Lehne

AV H e y e r eröffnete die 22. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss mit 11 Mitgliedern beschlussfähig ist. Änderungen zur Tagesordnung erfolgten nicht.

Es bestand Einvernehmen, über die Grundstücksangelegenheiten der **TOPe 8 - 11** „en bloc“ abzustimmen.

Tagesordnung:

- 1 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 29.01.2013**
- 2 Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Wetzlar - Straßenbeitragssatzung -
Vorlage: 1185/12**
- 3 Hallenbad „Europa“ - Sanierungsmaßnahmen
Überplanmäßige Ausgaben
Vorlage: 1319/13**
- 4 Neues Rathaus in Wetzlar
Brandschutzsanierung
Vorlage: 1320/13**
- 5 Planung Westtangente
Vorlage: 1238/12**
- 6 Westend/Spilburg
- Bericht über den Stand der Konversion -**
- 7 Abschluss Altstadtsanierung
- Sachstandsbericht -**
- 8 - 11 Grundstücksangelegenheiten**
- 12 Verschiedenes**

zu 1 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 29.01.2013

Mitteilungen

Änderung der Vergnügungssteuersatzung zum 01.01.2013

OB **D e t t e** nahm Bezug auf das Anschreiben des Automatenaufstellers Dieter Kraus vom 17.01.2013 und teilte mit, dass er eine Stellungnahme des Kassen- und Steueramtes an die Fraktionen habe weiterleiten lassen (der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt).

Herr **F r a n z** führte zum aktuellen Stand aus, dass die Erklärungen der Aufsteller nach Ablauf des 1. Quartals 2013 folgen. Man müsse abwarten und rechne mit Widersprüchen. Aus dem abgelaufenen Jahr würden noch einige Widersprüche existieren, die gerichtsanhängig seien und sich vorrangig gegen die sogenannte „Erdrosselungswirkung“ richten. Nach Einschätzung des Städtetages sei davon auszugehen, dass diese zurückgewiesen werden.

Auf die Fragen des Stv. **K l e b e r** nach dem Abrechnungsverfahren und Kontrollmöglichkeiten erläuterte Herr Franz, dass satzungsgemäß die Anmeldung zum Ablauf eines Quartals erfolge und gleichzeitig der vom Aufsteller errechnete Betrag an die Stadt zu leisten sei. Der Gewerbeaufsichtsdienst nehme Kontrollen vor, außerdem würden die Zählwerkdrucke der Automaten überprüft. OB **D e t t e** ergänzte, dass auch das Finanzamt Außenprüfungen vornehme, da die Zählwerke Grundlage für die Besteuerung seien.

Herr **F r a n z** informierte darüber, dass es in Wetzlar etwa 40 aktive Aufsteller gebe. Die Fa. Kraus als großer heimischer Aufsteller sei auch in Gießen und Hanau vertreten. Dort habe man die Steuer noch drastischer erhöht und seit Jahren die Höchstbeträge abgeschafft.

Stv. **R o m p f** und Stve. Dr. **B e r n a u e r - M ü n z** erkundigten sich nach der Höhe des jährlichen Umsatzes, der durch den Einsatz der Automaten in Wetzlar erzielt werde. OB **D e t t e** erklärte mit Blick auf den Wegfall der Höchstbeträge, dass das 1. Quartal 2013 noch nicht abgerechnet worden sei, man könne voraussichtlich Mitte des Jahres etwas dazu sagen.

Bahnhof Wetzlar

OB **D e t t e** informierte über ein Anschreiben der Bahn AG vom 15.02.2013, aus dem hervorgehe, dass der von der Stadt Wetzlar zu erbringende Teil an Mehrkosten für das Bahn-Projekt „Bahnhof“ (BauTrägerschaft Bahn) bei ca. 600.000 € liegen werde. Grundlage der aktualisierten Kostenberechnung sei der Realisierungs- und Finanzierungsvertrag (RuFV). Die Stadt werde die Abrechnung intensiv prüfen, ebenso wie das Land. Das Fachamt habe mitgeteilt, dass Einsparungen aus den eigenen Bereichen „Busbahnhof“ und „Park-and-Ride-Platz“ ausreichend seien, um die Kostensteigerung zu kompensieren. Man bewege sich weiterhin innerhalb der von der Stadtverordnetenversammlung genehmigten Eigenmittel in Höhe von 14,5 Mio. € für das Gesamtprojekt Bahnhof. Er gehe davon aus, dass das Projekt im Sommer beendet sei und Schlussrechnungen der Bahn Ende 2013/Anfang 2014 zugehen werden.

Anfragen

Stv. Dr. B e r n a u e r - M ü n z erkundigte sich nach einer möglichen Bebauung des Helm'schen Grundstückes. OB D e t t e sagte Prüfung zu.

Niederschrift vom 29.01.2013

Die Niederschrift wurde ohne Änderungen genehmigt.

zu 2 Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Wetzlar - Straßenbeitragssatzung - Vorlage: 1185/12

Stv. H e d d e r i c h bat um Auskunft, was unter § 2 (Umfang des Aufwandes), Abs. 2 (d) der Straßenbeitragssatzung zu verstehen sei. OB D e t t e erklärte, dass es sich um die Frage der Baulastträgerschaft handele. Eine über den Normquerschnitt der Straßen hinausgehende Breite sei eine kommunale Aufgabe.

Abstimmung: 11.0.0

zu 3 Hallenbad „Europa“ - Sanierungsmaßnahmen Überplanmäßige Ausgaben Vorlage: 1319/13

Im Zusammenhang mit der Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln zeigte sich Stv. B r e i d s p r e c h e r rückblickend verwundert, „wie so was denn bloß möglich sei“.

Abstimmung: 11.0.0

zu 4 Neues Rathaus in Wetzlar Brandschutzsanierung Vorlage: 1320/13

OB D e t t e wies darauf hin, dass es sich um eine sehr kostenträchtige Vorlage handele. Die zwingende Notwendigkeit der Sanierung sei durch Fachleute festgestellt worden, außerdem liege die Gesamtverantwortung für den Brandschutz bei der Stadt. Der Magistrat habe sich bemüht, Einsparungspotentiale zu ermitteln. Die Bauzeit werde sich bis zum Jahr 2015 erstrecken. Leica Microsystems habe in einem Vorgespräch die grundsätzliche Bereitschaft signalisiert, der Stadt Räumlichkeiten als Ausweichquartiere während der Dauer der Sanierung zur Verfügung zu stellen. Hierbei müsse auch geprüft werden, ob der Leica-Übergang vorübergehend aktiviert werden könne. Es stehe noch aus, welche Flächen die Stadt ggf. anmieten werde.

Die Frage des Stv. B r e i d s p r e c h e r, ob die Maßnahme „zeitlich verschleppt“ worden sei, verneinte OB D e t t e und bestätigte eine sorgfältige Planung. Das Brandschutzkonzept sei 2008 in Auftrag gegeben worden und habe bis zur Umsetzung aus nachvollziehbaren Gründen einen Vorlauf benötigt.

Stv. **Breidsprecher** thematisierte das Einsparpotential auf Seite 7 / 8 der Begründung zur Vorlage. OB **Detle** stellte klar, dass die Anmietung von Büroflächen weitaus kostengünstiger sei als der Aufwand für die Aufstellung von Bürocontainern. Die in Büros vorhandenen Waschbecken würden im Übrigen in Betrieb bleiben.

Stv. **Kleber** erkundigte sich, ob man mit dem Konzept auf dem allerneuesten Stand sei und welche Fördermöglichkeiten bestünden. Man habe die Möglichkeit, zinsgünstige KfW-Mittel für Bau- und Brandschutzmaßnahmen im Bereich öffentlicher Gebäude in Anspruch zu nehmen, so OB **Detle**. Bei den Zuschüssen sei ihm kein Landes- oder Bundesprogramm bekannt, das den Brandschutz unterstütze. Er müsse davon ausgehen, dass das Brandschutzkonzept auf dem neuesten Stand sei.

Stv. **Kleber** gab zu bedenken, dass das ausgewiesene Einsparpotential für Bürocontainer in Höhe von 509.000 € bei Inanspruchnahme derselben nicht zu erreichen sei. OB **Detle** benannte Kosten für Anmietung und Umrüstung, die er aber nicht beziffern könne, da diese vom Umfang der Nutzung abhängen.

Abstimmung: 11.0.0

zu 5 Planung Westtangente

Vorlage: 1238/12

Stv. **Meißner** sah in der Stellungnahme des Magistrats die Notwendigkeit der Westtangente bestätigt. Die Ausführungen seien zwar größtenteils auf den Westanschluss gerichtet, würden aber zeigen, dass Tangente und Anschluss zusammen betrachtet werden müssten. Positiv bewerte er die Planung zur Querung der Eisenbahnlinie in Form einer Tunnellösung. Der Stellungnahme könne er weiter entnehmen, dass der Magistrat für die Westtangente alles geplant und geprüft habe. Gem. FDP-Antrag müsse nun die unverzügliche Vorlage eines Sachstandsberichtes sowie eines Umsetzungskonzeptes einschließlich Zeit- und Finanzplan bis zum 30.09.2013 erfolgen.

Stv. **Breidsprecher** führte aus, dass das Thema "Westtangente" die Fraktionen schon über 20 Jahre beschäftige; entscheidender Bremsklotz sei bis heute die Kostenfrage. Er erkundigte sich nach einer möglichen Förderung durch das Land.

OB **Detle** erläuterte, dass die Stadt im Rahmen einer Prioritätenliste Vorhaben zur GVFG-Förderung (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) an das Land melde. Voraussetzung für eine Meldung sei der Nachweis eines fortgeschrittenen Planungsstandes, was hier nicht der Fall sei.

Stv. **Spory** ging auf die Historie ein und führte aus, dass die Realisierung der (südlichen) Westtangente baulich kein Problem gewesen wäre, eine Umsetzung würde jedoch hohe Kosten erfordern.

OB **Detle** erklärte, dass die städtischen Gremien zu entscheiden haben, welches der Projekte „Westtangente“ und „Westanschluss“ die Priorität in der weiteren Planung bekommen solle. Beide zu betreiben, halte er für begrenzt zielführend.

Abstimmung: 4.7.0

zu 6 Westend/Spilburg - Bericht über den Stand der Konversion -

Herr **H a r t e r t** bezeichnete die Konversion als „Wetzlarer Erfolgsgeschichte“. Die Umwandlung einst militärisch genutzter Liegenschaften in eine zivile Nutzung sei in beiden ehemaligen Standorten nahezu abgeschlossen. Er erläuterte ausführlich den aktuellen Sachstand und ging unter anderem auf folgende Bereiche ein:

Spilburg

- Gebäude der VHS/Studium Plus
- Kreiswehrrersatzamt
- Noch verfügbare Grundstücke des Bundes
- Flächen für den Neubau der Schulen des Lahn-Dill-Kreises
- Neuer Standort des Stadtbetriebsamtes
- Städtischer Kindergarten
- Volksbankgebäude
- Schanzenfeld mit den Firmen Viaoptik, Weller u. Neubau des Leica-Zentrums

Ca. 61.000 Quadratmeter Grünflächen und ca. 50.000 Quadratmeter Straßenflächen seien noch ohne Wertansatz an die Stadt zu übertragen.

Westend

Herr **H a r t e r t** informierte über den Sachstand in folgenden Bereichen:

- Einkaufszentrum im westlichen Teil
- Vermarktung der Wohnbauflächen durch die SEG (60 Bauplätze)
- 3 SEG-Mischgebietsfelder (gepl. Seniorenresidenz der Königsberger Diakonie im Verbund mit einem Investor)
- Heizkraftwerk (Fernwärme)

Auch hier seien die Grün- und Straßenflächen noch auf die Stadt zu übertragen.

Bei Veräußerung des verbliebenen Grundstücksbestandes (1 Spilburg, 3 Westend) sei die SEG in der Lage, das von der Stadt gewährte Darlehen zurückzuzahlen, so Herr **H a r t e r t** abschließend.

zu 7 Abschluss Altstadtsanierung - Sachstandsbericht -

Herr **H a r t m a n n** nahm Bezug auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 19.12.2012, der zum Inhalt hatte, die Sanierungssatzung zum 30.06.2015 aufzuheben. Darüber hinaus habe das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung einer Fristverlängerung bis zum 31.12.2015 für die Vorlage der Abrechnung zugestimmt.

Er führte aus, dass innerhalb eines Sanierungsgebietes die entstandenen Kosten nicht auf die Eigentümer umgelegt werden können, sondern die sanierungsbedingte Bodenwertsteigerung abgeschöpft werden müsse. Das Sanierungsgebiet Neustadt, Langgasse und Altstadt umfasse 25 Hektar und sei das zweitgrößte in Hessen.

Als Anlage 2 zur Niederschrift sind beigefügt:

- Erläuterung des Ausgleichsbetrages
- Ermittlung der sanierungsbedingten Bodenwertsteigerung durch den Gutachterausschuss des Amtes für Bodenmanagements (3 Verfahren möglich: Ablöseverfahren, Abgeschlossenheitserklärung oder Bescheid- verfahren)
- Entwurf zum (zeitlichen) Ablaufschema für den Abschluss der Sanierung in Wetzlar

Herr Hartmann wies auf die am 11.03.2013 terminierte Bürgerinformationsveranstaltung hin. Man hoffe, dass viele Eigentümer aufgrund der Vorteile einer Ablösevereinbarung zustimmen werden.

zu 12 Verschiedenes

Stv. K l e b e r teilte mit, die Feuerwehr Hermannstein habe ihn bei der Jahreshauptversammlung darauf aufmerksam gemacht, dass der versprochene Flyer für die Mitgliederwerbung immer noch nicht auf den Weg gebracht sei.
OB D e t t e sagte Prüfung zu.

AV H e y e r schloss, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, die 22. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses.

Der Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

H e y e r

G e r n e r